



Bern, 8. März 2008

## Medienmitteilung

Zur sofortigen Veröffentlichung

### Eskalation des Karabach - Konflikts

Am Freitag, den 7. März, hat die Armee der Republik Aserbaidschan, im Nordosten der Republik Berg-Karabach Truppenteile zu konzentrieren und wichtige Angriffswaffen in Stellung zu bringen. Diese besorgniserregenden Bewegungen entlang der ehemaligen Frontlinie erfolgen erneut in der Nähe des Dorfes Lewonarch, von wo bereits am 4. März 2008 ein aserbaidchanischer Angriff auf karabach-armenische Positionen gestartet wurde. Diese erneute Ächtung des seit 1994 andauernden Waffenstillstandes hat auf aserbaidchanischer Seite zu acht Toten geführt, auf karabach-armenischer Seite zu zwei Verwundeten.

Seit Monaten drohen der Präsident Aserbaidschans, Ilham Alijew, und der aserbaidchanische Verteidigungsminister, Armenien und Berg-Karabagh militärisch anzugreifen, um die Gebiete, die 1991-1994 von karabach-armenischen Selbstverteidigungseinheiten befreit bzw. besetzt wurden, zurückzuerobern. Während des von Aserbaidschan Ende 1991 begonnenen Krieges kamen nach jeweils eigenen Angaben auf aserbaidchanischer Seite 18.000 (überwiegend Soldaten) und auf armenischer Seite 20.000 Menschen (überwiegend Zivilisten) ums Leben. Der Angriff vom 4. März und die anschließende Truppenkonzentrierung bilden nichts anderes, als die logische Folge fehlender Verhandlungsbereitschaft seitens der Republik Aserbaidschan.

Die Gesellschaft Schweiz-Armenien (GSA) ersucht die Regierung Armeniens, den UNO-Sicherheitsrat einzuberufen und an die OSZE zu appellieren, damit diese Aserbaidschan auffordern, umgehend seine Truppen von der sogenannten Kontaktlinie abzuziehen. Die GSA ist der Meinung, dass der Karabach-Konflikt ausschließlich durch diplomatische bzw. politische und gewaltfreie Verhandlungen gelöst werden muss. Wir verurteilen darum die jüngsten militärischen Angriffe als kontraproduktiv und unmittelbare Bedrohung der Stabilität im südkaukasischen Raum. Wir betonen, dass ausschließlich die Regierung Aserbaidschans die Verantwortung für die gegenwärtige Spannung sowie für jegliche weitere Konflikteskalation tragen wird. Schließlich unterstreichen wir das Notwehrrecht der Karabach-Armenier.

In diesem Zusammenhang ersucht die GSA das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) auf diese Krise zu reagieren und seine Vermittlungsmöglichkeiten für eine baldmögliche Deeskalation zur Verfügung zu stellen.

#### Kontakt:

Sarkis Shahinian, Co-Präsident der Gesellschaft Schweiz-Armenien, 076 399 16 25,  
shahinian@armenian.ch